

## Definitionen von Marktwirtschaft, Kapitalismus, Planwirtschaft und mehr, auf Basis einer Mail-Diskussion auf der Attac-M-Liste diskussion-m@attac-m.org ab 11/2010

<b>1. MARKTWIRTSCHAFT:</b> .....	<b>1</b>
1.1 KAPITALISMUS: .....	1
1.1.1 <i>Postkapitalismus (Definition im Wesentlichen von Raúl):</i> .....	2
1.1.1.1 Faschistischer, technosphärischer Postkapitalismus (Definition von Raúl): .....	2
1.2 DEMOKRATISCHE MARKTWIRTSCHAFT: .....	2
1.2.1 <i>Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) nach Christian Felber:</i> .....	3
1.2.2 <i>Economic Democracy (ED) nach David Schweickart:</i> .....	3
1.2.3 <i>KIES-Wirtschaft nach Achim Brandt (<a href="http://www.KIESweg.de">www.KIESweg.de</a>):</i> .....	3
1.2.4 <i>Sozial-ökologisch geregelte Marktwirtschaft (Jochen Schemel):</i> .....	4
<b>2. PLANWIRTSCHAFT:</b> .....	<b>5</b>
2.1 SOZIALISMUS (IM ÜBLICHEN SINN) .....	5
2.2 KOMMUNISMUS .....	5

Die folgenden Definitionen sind der Versuch einer Zusammenfassung der Definitionen, die im Mail Thread „Kapitalismus und Marktwirtschaft“ (auf der Attac-M Diskussionsliste) seit 11/2010 von Achim, Jochen, Raúl, Wolfram, Tilman und anderen vorgebracht wurden.

### 1. Marktwirtschaft:

Eine Wirtschaft, die gekennzeichnet ist durch:

- Unabhängige Produzenten** (Firmen oder Einzelne) produzieren Waren und leisten Dienste für einen Markt für Waren und Dienstleistungen, auf eigene Rechnung und nach eigenem Plan, nach eigener Einschätzung der Nachfrage (des Bedarfs).
- Konsumentenfreiheit** – im Rahmen der finanziellen Mittel: Die Menschen können frei entscheiden, was sie kaufen (oder mieten) – begrenzt durch ihre Kaufkraft, wobei sie kurzfristige finanzielle Engpässe auch durch Konsumentenkredite überbrücken können.
- Arbeitsplatzfreiheit:** Die Menschen können im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbständige oder „unselbständige“ Arbeit annehmen:
  - 3.1) „Unselbständige“ Arbeit: im Rahmen der angebotenen Arbeitsplätze (in konventionellen Firmen oder auch in Genossenschaften, Vereinen oder im Öffentlichen Dienst) oder
  - 3.2) sich „selbständig machen“: auf Basis eigenen Produktivkapitalvermögens oder mit Hilfe von Kreditaufnahme zum Erwerb der nötigen Betriebsmittel.
- Der Staat sichert das Eigentum** und in der Regel auch ein Erbrecht – und alle sonstigen Gesetze. – Die Gesetze können mehr oder weniger gerecht sein; sie können den Ausgleich zwischen Arm und Reich begünstigen oder im Gegenteil die Spaltung zwischen Arm und Reich, sofern vorhanden, noch vergrößern.
- Der Staat erhebt **Steuern** – auch hier kann er entweder die Eigentümer fördern auf Kosten der weniger Begüterten, oder umgekehrt.
- Der Staat kann **demokratisch** sein (mit repräsentativer und/oder direkter Demokratie) – oder auch **diktatorisch**. Es gibt Beispiele für Marktwirtschaften mit und ohne Demokratie.
- Die Politik kann in verschiedene Richtungen gehen: Entweder sehr (neo-)liberal und rücksichtslos die Rechte des Kapitals durchsetzend, oder mehr in Richtung Sozialstaat (mit Schutzgesetzen für die Arbeiterschaft, so dass ihr das Überleben im Kapitalismus etwas erleichtert wird), oder auch in Richtung Demokratisierung der Wirtschaft und Überwindung der Klassengesellschaft (siehe unten).
- Neben den rein marktwirtschaftlichen Unternehmen gibt es in der Marktwirtschaft in der Regel einen mehr oder weniger großen **Öffentlichen Sektor**, der durch die Politik (Staat, Gemeindeverwaltung etc) gesteuert wird und nicht so sehr durch die Wettbewerbsmechanismen des Marktes.
- Die **Marktwirtschaft** kann entweder ein **Kapitalismus** sein (Definition folgt) oder eine **Demokratische Marktwirtschaft** in dem Sinn, dass nicht nur in der Politik Demokratie herrscht, sondern Demokratie auch in die Wirtschaft eingezogen ist (siehe unten).

#### 1.1 Kapitalismus:

Eine Marktwirtschaft mit folgenden zusätzlichen Kennzeichen:

1. Trennung der Bevölkerung in Besitzer von Produktionsmitteln und Nicht-Besitzer – altmodisch auch als „**Klassengesellschaft**“ bezeichnet. (Es mag fließende Übergänge geben – aber die Polarisierung existiert.)
2. **Lohnarbeit**: Die Produktionsmittelbesitzer betreiben Firmen und lassen dort die Nicht-Besitzer für Lohn arbeiten oder auch nicht, je nachdem ob sie sich von der Bezahlung des Arbeiters einen Gewinn versprechen oder nicht.
3. **Ausbeutung der Lohnarbeiter** durch die Produktionsmittelbesitzer (vermittels „Mehrarbeit“, d.h. unbezahlter Arbeit, aus der der Gewinn entspringt).
4. **Ausbeutung von Kreditnehmern** durch Kreditgeber, von Mietern durch Immobilieneigentümer usw. (weil Kreditgeber und Kreditnehmer getrennte Klassen sind, so dass die Kreditzinsen eine Umverteilung von Arm zu Reich bewirken).
5. **Kapitalmarkt**: Firmenbeteiligungen und Kredite können gekauft, verkauft und an der Börse gehandelt werden wie Waren.

**Anmerkung:** Bis vor wenigen Jahren war „**Kapitalismus**“ kein anerkannter Begriff in der Wirtschaftswissenschaft, sondern galt als **Schimpfwort der Linken** für die Marktwirtschaft, siehe z.B. „Gabler Wirtschaftslexikon“:

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/kapitalismus.html>

Seit den 1990er Jahren aber ist das Wort „Kapitalismus“ auch unter Ökonomen und im öffentlichen Sprachgebrauch salonfähig geworden, z.B. durch das Buch „The future of capitalism“ von L.C. Thurow, <http://www.getabstract.com/summary/3353/the-future-of-capitalism.html>. Meistens wird „Kapitalismus“ synonym mit „Marktwirtschaft“ gebraucht – was empirisch insofern gerechtfertigt ist, als es ja noch keine real existierende „Demokratische Marktwirtschaft“ als Alternative zum Kapitalismus gibt. - Allerdings unterscheidet sogar das oben genannte Wirtschaftslexikon auf subtile Weise zwischen den Begriffen „Marktwirtschaft“ und „Kapitalismus“. Attac sollte diese Unterscheidung ernst nehmen und sie durch Ausgestaltung der Demokratischen Marktwirtschaft mit Leben füllen.

### 1.1.1 Postkapitalismus (Definition im Wesentlichen von Raúl):

Das ist ein Kapitalismus (s.o.) mit folgenden zusätzlichen Kennzeichen:

1. Die Erwerbsarbeit wird immer weniger. – Firmen kassieren „Mehrwert“ nicht mehr so sehr durch die Mehrarbeit der Lohnabhängigen sondern durch Privilegien, Markenrechte, Patente etc.
2. Die Tendenz ist, dass die abstrakte Lohnarbeit verschwindet, weil sie immer mehr von Maschinen (auch neu erzeugten Bakterien, modifizierten Organismen...) geleistet wird. Die Arbeit, die bleibt, ist etwas ganz anderes und begründet nicht mehr die alten Begriffe.
3. Der Tauschwert hängt dann nicht mehr von dieser abstrakten Arbeit ab, sondern vom ausschließlichen Unternehmens-Produktionsrecht und ausschließlichen Unternehmens-Besitz vom Produktionsapparat (Besitz von Patenten, Maschinenanlagen, Land, Wasser, Ressourcen überhaupt). Es wird also zu einer Art Rente (wodurch der alte Feudalismus wieder auftaucht)... Die Konkurrenz (durch diese Situation stark behindert) bekommt einen anderen Charakter und Stellenwert, ebenso muss man Markt, Preis, Ausbeutung ganz anders definieren...

Ob hier die Marx'sche Werttheorie noch halbwegs gilt oder gänzlich versagt, wäre zu untersuchen.

#### 1.1.1.1 Faschistischer, technosphärischer Postkapitalismus (Definition von Raúl):

Zu dieser Möglichkeit könnte die Fortsetzung des jetzigen Kurses führen. Leider sehr wahrscheinlich. Alle Probleme werden über Technik gelöst. Die Natur/Biosphäre verschwindet nicht, wird aber in ihrer Entfaltung und Bestand immer mehr reduziert und durch technische Vorkehrungen "ersetzt" und ergänzt (und dadurch weiter beschädigt), wie wir heute tagtäglich erleben. Weil die Naturleistungen für das Leben und den Menschen eingeschränkt werden, wird Allgemeinwohl und allgemeine Entwicklung unmöglich, so dass die Reichen eine möglichst heile, bequeme Welt für sich einrichten müssen, wo die technosphärische Entwicklung weitergehen kann. Das ist dann aber eine faschistische, geteilte Welt für wenige, für die "besseren", für die etwas anders definierten "Arier". Die "Barbarei", von der Marx/Engels sprachen.

### 1.2 Demokratische Marktwirtschaft:

Eine **Marktwirtschaft (kein Kapitalismus!)** mit folgenden zusätzlichen Kennzeichen (diese verhindern, dass es sich um einen Kapitalismus handelt!):

1. Breite Beteiligung (Teilhabe) der Bevölkerung an den Produktionsmitteln und am Reichtum überhaupt. Keine Spaltung der Gesellschaft in Besitzende einerseits und Lohnabhängige oder Habenichtse andererseits.
2. Partnerschaft statt Lohnarbeit: Die Mitarbeiter in den Firmen sind gleichberechtigt: Sie wählen den Vorstand und die leitenden Manager; sie bestimmen demokratisch über die Verteilung des Gewinns und über Neuinvestitionen.
3. Modifizierter Arbeitsmarkt: Es gilt freie Wahl des Arbeitsplatzes – aber die Arbeitsplätze sind nicht mehr Lohnarbeits-Jobs sondern Mitgliedschaften in demokratischen Mitarbeiterfirmen oder Vereinen.

4. Gewinn ist nicht mehr, was nach Abzug der Personalkosten übrig bleibt, sondern die Differenz der Einnahmen und Ausgaben VOR Zahlung der Gehälter.
5. Firmen können nicht mehr verkauft und gehandelt werden; sie sind Genossenschaften oder Vereine, aber nicht mehr Aktiengesellschaften oder Eigentümergesellschaften.

Die **Demokratische Marktwirtschaft** wird manchmal auch „**Marktsozialismus**“ genannt, weil sie die Ziele des Sozialismus (Gleichheit, Gerechtigkeit, Teilhabe aller) mit Mitteln des Marktes erreicht.

### 1.2.1 Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) nach Christian Felber:

Eine Variante der Demokratischen Marktwirtschaft, gekennzeichnet durch:

1. die Firmen streben nicht mehr (nur) nach finanziellem Gewinn sondern wesentlich nach Gemeinwohlpunkten, die von (kommunalen) Wirtschaftsräten vergeben werden.
2. das Firmenkapital stammt hauptsächlich von der Demokratischen Bank, also nicht mehr von privaten Geldgebern – vielleicht auch nicht aus dem Eigentum der Mitarbeiter (Genossen).

### 1.2.2 Economic Democracy (ED) nach David Schweickart:

Siehe <http://homepages.luc.edu/~dschwei/economicdemocracy.htm> und <http://www.greens.org/s-r/47/47-03.html>.

Eine Variante der Demokratischen Marktwirtschaft, gekennzeichnet durch:

1. die Firmen streben nach wie vor nach finanziellem Gewinn.
2. das Firmenkapital stammt hauptsächlich aus einem „Nationalen Investitionsfonds“, dessen Gelder über ein System Demokratischer Banken an die Firmen verteilt werden.
3. Jede Region im Land bekommt Gelder aus dem Investitionsfonds entsprechend ihrer Bevölkerungszahl. Auf diese Weise findet eine Gleichbehandlung der Regionen statt, die zu einer Angleichung des Wohlstandsniveaus zwischen den Regionen führen wird.
4. Die Firmen müssen eine Kapitalsteuer an den Nationalen Investitionsfonds abführen: Dies ist die Quelle, aus der sich die Neuinvestitionen speisen. – Private Geldgeber werden somit nicht mehr benötigt; man muss ihnen daher auch keine Zinsen mehr zahlen.
5. Private Konsumkredite (wie z.B. Bausparkredite) können außerhalb der Produktionsmittelsphäre existieren, hier sind noch traditionelle Guthaben- und Schuldzinsen zum Ausgleich zwischen Sparern und Kreditnehmern zu erwarten.
6. Zum Schutz gegen Import unsozial hergestellter Billigwaren aus dem kapitalistischen Ausland werden Zölle im Sinn eines „sozialistischen Protektionismus“ empfohlen.

### 1.2.3 KIES-Wirtschaft nach Achim Brandt ([www.KIESweg.de](http://www.KIESweg.de)):

Eine Variante der Demokratischen Marktwirtschaft, gekennzeichnet durch:

1. **Reichtumsausgleich:** Alle Kapitaleigentümer werden zur Zahlung einer **Vermögens- oder Kapitaleigentumssteuer** herangezogen. Diese wird verwendet zur Zahlung eines „**Kapital-Einkommen Ersetzendem Zusatzgehalts**“ (**KIES**) an alle Arbeiter und Angestellten, so dass diese nicht mehr nur Lohn, sondern zusätzlich KIES beziehen. Der KIES soll eine Bezahlung der kapitalistischen Mehrarbeit darstellen, die die Arbeitenden zunächst noch in den Firmen zu leisten haben, solange sie nicht Miteigentümer sind – so dass die Arbeitenden im Endeffekt „voll bezahlt“ werden, ohne Abzug von Mehrwert – also ohne Ausbeutung!
2. Mittelfristig findet durch den KIES ein **Vermögensausgleich** statt, weil die Arbeitenden Eigentum an Produktionsmitteln erwerben können und gleichzeitig der verklumpte Reichtum der Kapitalistenklasse aufgelöst wird. Durch den **Reichtumszuwachs in Arbeiterhand** genießen die Arbeitenden mehr und mehr Kapitaleinnahmen zusätzlich zu ihrem Lohn. Die KIES-Zahlungen werden in dem Maße überflüssig, wie sich die Reichtumsverteilung in der Gesellschaft dem gerechten Zustand annähert.
3. Ergebnis soll eine Gesellschaft mit breit gestreutem Produktionsmitteleigentum, **ohne Spaltung in Besitzende und Nicht-Besitzende** sein. Eine Ausbeutung der Nicht-Besitzer durch die Kapitaleigentümer, wie sie für den Kapitalismus typisch ist, kann nicht mehr stattfinden.
4. Durch die „volle Bezahlung der Arbeit“ – zunächst mit Hilfe des KIES, auf Dauer aber durch das Kapitaleinkommen der Arbeiter – wird **Arbeitszeitverkürzung** ermöglicht, dadurch eine Faire Verteilung der Arbeit (das Ziel von „Arbeit Fair Teilen“) und ein **Ende des Wachstumszwangs**.

Das Modell ist als **Gedankenexperiment** interessant: Es zeigt, dass **nach Überwindung der Klassenspaltung der Kapitalismus vorbei** ist. Praktisch umsetzbar ist dieser so einfach darzustellende „KIESweg“, der allein auf eine Umverteilung des Reichtums durch eine mächtige Umverteilungssteuer und ein starkes Finanzamt setzt, eher nicht, denn es bleiben zunächst noch zu viele Strukturen des Kapitalismus bestehen, wie Aktiengesellschaften, Börse und Kapitalmarkt, sowie die Lohnarbeit, so dass ein Rückfall in den Kapitalismus jederzeit möglich ist. Die Maßnahmen der GWÖ oder der ED (schlagartige Enteignung der Kapitalisten, Abschaffung des Finanzmarkts usw) sind vermutlich wirksamer.

## 1.2.4 Sozial-ökologisch geregelte Marktwirtschaft (Jochen Schemel)

Jochen sandte die folgende Definition in einer Mail vom 29.12.10 an die Mailing-Liste [diskussion-m@attac-m.org](mailto:diskussion-m@attac-m.org):

[Beginn Zitat Jochen (Nummerierung hinzugefügt von Achim):]

Hier ist mein Versuch, die mir vorschwebende Ausprägung von einem menschlichen "Kapitalismus" (ich lehne diesen Begriff aus den früher genannten Gründen des Missverstehens ab) zu skizzieren:

Sozial-ökologisch geregelte Marktwirtschaft: Darunter verstehe eine Marktwirtschaft mit folgenden Kennzeichen:

1. von demokratisch gewählten Politikern werden klare Regeln des Wirtschaftens vorgegeben - verbindliche Regeln (Gesetze und sonstige Regelungen), die den Zielen der sozialen Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet sind. Was heißt das?
2. Höchstes Ziel und Maßstab des Erfolgs der Regierung ist die Teilnahme (Vollbeschäftigung) und Teilhabe (angemessenes Einkommen aus Arbeit) aller Menschen - unabhängig von ihrer (ökonomischen) Leistungsfähigkeit.
3. Es gibt die Möglichkeit, selbständig (als Unternehmer/in) oder unselbständig (als Lohnempfänger/in) zu arbeiten.
4. Der Gefahr, dass die Bezieher von Löhnen ausgebeutet werden (also im Vergleich zu den Eigentümern des im Unternehmen eingesetzten Kapitals zu wenig verdienen) ist zu begegnen, indem die Löhne eine relativ kleine Spreizung haben (z.B. das zu versteuernde Spitzeneinkommen darf nicht mehr als das Zehnfache des Mindestlohnes betragen) und die Kapitalerlöse, sofern sie nicht in das Unternehmen reinvestiert werden, in angemessener Höhe besteuert werden.
5. Der Gefahr, dass ein Unternehmen (im Eigentum des Kapitalbesitzers) eine überdimensionierte Größenordnung (mit entsprechender Machtfülle) erreicht, ist im Sinne der "Zellteilung" zu begegnen: eine bestimmte (demokratisch festzulegende) Größe darf nicht überschritten werden. Ab einer bestimmten Größe wird das Unternehmen so stark besteuert, dass es nicht mehr rentabel arbeiten kann und gezwungen ist, Teile des Unternehmens zu verkaufen, wobei der Erlös dieses Verkaufs der Allgemeinheit zufließt.
6. Was die Mitbestimmung am Arbeitsplatz (Demokratie auf betrieblicher Ebene) anbelangt, so haben die Vertreter der Arbeitnehmer (z.B. Gewerkschaften) und die Vertreter der Kapitaleigner (Aktionäre, Einzelunternehmer) das gleiche Stimmrecht (50:50).
  - 6.1) Erklärung: Warum soll neben den Arbeitenden auch der Kapitalbesitzer noch mitreden dürfen? Weil wir anerkennen müssen, dass derjenige, der sein erspartes Geld in einen Betrieb steckt, ein legitimes Interesse daran hat (genauso wie der Arbeitnehmer), dass dieses Kapital (der Betrieb, die Arbeitsplätze) nicht durch Misswirtschaft verloren geht. Er hat ein legitimes Erhaltungsinteresse und ihm muss daher (wie den Arbeitnehmern) Einfluss auf das Wirtschaften eingeräumt werden.
  - 6.2) Zur Erläuterung: Der Arbeitnehmer investiert seine Arbeitszeit (für Lohn), der Kapitalbesitzer investiert die in seinem Kapital "geronnene Arbeit". Darf jemand überhaupt über viel Geld verfügen? Wenn ja: darf er es in einen Betrieb stecken oder darf er es nur konsumieren? Ich gehe im folgenden davon aus, dass jemand viel Geld haben darf (ob selbst verdient oder geerbt, sei dahin gestellt) und es in ein Unternehmen investieren darf.
  - 6.3) Der Arbeitnehmer bekommt für seinen Einsatz Lohn, der Kapitalgeber bekommt für seinen Einsatz ebenfalls einen Teil des erwirtschafteten Gewinns - ein Kapitaleinkommen, ob das nun Zins oder sonstwie genannt wird. Wenn kein Gewinn erwirtschaftet wird, hat er Pech gehabt, der Arbeitnehmer bekommt immer noch weiter seinen Lohn. Wenn das Unternehmen pleite geht (was die Vertreter der Arbeitnehmer und der Kapitalgebern gleichermaßen zu verhindern versuchen), dann hat der Arbeitnehmer seine Arbeitsplatz und der Kapitalgeber sein Kapital verloren. Wer von beiden in so einem Fall mehr Nachteile hat, kommt auf den Einzelfall an - insbesondere darauf, wie hoch das eingesetzte und verlorene Kapital ist und wie leicht oder schwer ein neuer Arbeitsplatz zu finden ist.
7. Was noch wichtig ist: Der Staat muss mit geeigneten Regeln dafür sorgen,
  - 7.1) dass die Besitzer von Kapital keine Macht im Staate erhalten, die intransparent ist und größer ist als die Macht anderer gesellschaftlicher Gruppen;
  - 7.2) dass Genossenschaften und andere von den Arbeitenden in Selbstverwaltung betriebenen Unternehmen steuerlich begünstigt werden (gegenüber Unternehmen, in denen Kapitaleigner Stimmrecht haben);
  - 7.3) dass Einrichtungen des Gemeinwohls (zur Versorgung mit Bildung, Gesundheit, Mobilität, Energie etc.) nicht allein dem Renditekalkül (der betrieblichen Effizienz) unterworfen sind, sondern mit öffentlichen Geldern gefördert werden.
8. Der Wettbewerb bleibt erhalten, muss aber gebündelt (gelenkt, reduziert) werden im Interesse des Gemeinwohls. Die Freiheit des Wirtschaftens muss so weit wie möglich erhalten bleiben, jedoch so begrenzt werden, dass die oben genannten gesellschaftlichen Ziele erreicht werden.

So weit mein "Modell" einer sozial und ökologisch geregelten Marktwirtschaft. Die Chancen seiner Realisierung stehen und fallen mit der Frage, ob ein Ausstieg aus der neoliberalen Globalisierung gelingt zugunsten einer Regionalisierung.  
[Ende Zitat Jochen]

## **2. Planwirtschaft:**

Abhängige Produzenten, die nach einem gesellschaftlichen Gesamtplan und im Rahmen eines öffentlichen Gesamtbudgets Güter herstellen und Dienstleistungen erbringen. Es gibt weder Märkte für Arbeitsplätze noch für Produktionsmittel. Arbeitsplätze werden den Arbeitssuchenden durch geeignete Gremien zugewiesen. – Ob es noch einen Markt für Konsumgüter gibt, oder ob sogar die täglich zu verbrauchenden Lebensmittel beantragt und gemäß Verbrauchsplan zugeteilt werden (wie heute die Zuteilung des Bürobedarfs in einer Firma, oder die Essensrationen beim Militär) hängt von der Strenge ab, mit der die Planung durchgezogen wird.

### **2.1 Sozialismus (im üblichen Sinn)**

Eine Planwirtschaft, in der jedem/jeder nach seiner/ihrer Leistung – ergänzt durch soziale Erwägungen – die benötigten Güter und Dienstleistungen zugeteilt werden – in der Regel vermittelt über Geld, mit dem man auf einem Konsumgütermarkt die gewünschten Produkte im Rahmen der vom Plan gesetzten Grenzen erwerben kann. Die nötigen Pläne für die Produktionsmengen, für die Arbeitsteilung usw werden durch geeignete Gremien beschlossen – im besten Falle demokratisch. Arbeitsplätze sind nicht mehr frei wählbar, sondern werden gemäß dem beschlossenen Plan zugeteilt. In der Regel wird jedem Menschen eine Arbeit zugewiesen – so dass es keine Arbeitslosigkeit mehr gibt.

Der Sozialismus ist in erster Näherung eine Leistungsgesellschaft; dabei gilt allerdings – im Gegensatz zum Kapitalismus – nur noch Arbeit als Leistung; dagegen wird die „Leistung“ eines Kapitalanlegers oder Investors (falls es solche Funktionen überhaupt noch gibt), nicht mehr als Leistung, die zu Einnahmen berechtigt, anerkannt.

### **2.2 Kommunismus**

Eine Planwirtschaft, die das Ziel verwirklicht:

- Jede/r beteiligt sich nach seinen/ihren Fähigkeiten;
- jede/r bekommt eine Güterzuteilung nach seinen/ihren Bedürfnissen.

Es ist also die „Trennung von Arbeit und Einkommen“ – d.h. die Überwindung der Leistungsgesellschaft – verwirklicht, aber auf eine gerechte Weise und nicht so ungerecht wie im Kapitalismus, wo Vermögende und Kapitalbesitzer auch ohne Arbeit, „leistungslos“, wunderbar ihre Bedürfnisse befriedigen können, trotz der Bezeichnung „Leistungsgesellschaft“, und wo gleichzeitig viele Arme trotz großen Einsatzes nahe am Hunger existieren müssen.